

Beamtentum

Beitrag von „Krabappel“ vom 7. September 2019 15:18

Warum sind Rettungssanitäter*innen eigentlich keine Beamte*innen aber Lehrer*innen? Wieso waren Postangestellte verbeamtet? Wieso sind es Soldat*innen nicht?

Im Zuge der Verbeamtungswelle in Sachsen, die natürlich allen Lehrer*innen zwischen 43 und 63 übel aufstößt, tritt diese Frage immer mal wieder zutage. Vielleicht weiß ja von euch jemand mehr darüber.

Beitrag von „Moebius“ vom 7. September 2019 16:02

Berufssoldaten sind in einem Dienstverhältnis, das im wesentlichen dem von Bundesbeamten gleichgestellt ist. (Sie werden zB auch na der Besoldungstabelle für Bundesbeamte bezahlt.)

Der Rettungsdienst wird nicht vom Staat geleistet, sondern durch gemeinnützige Vereine (Rotes Kreuz, ASB, etc.), logischerweise sind die Beschäftigten denn auch da angestellt und nicht Bedienstete des Staates.

Mitarbeiter von Post und Telekom waren ursprünglich verbeamtet, weil beides bis zur jeweiligen Deregulierung und Privatisierung hoheitliche Aufgaben waren.

Beitrag von „Krabappel“ vom 7. September 2019 16:17

danke Moebius, "hoheitliche Aufgaben" musste ich erst mal gucken. Klingt schwammig.

Wikipedia schrieb:

"Bei hoheitlichen Aufgaben handelt es sich um Tätigkeiten, „die ein öffentliches Gemeinwesen ([Staat](#), [Gemeinde](#) oder sonstige [Körperschaft](#)) kraft öffentlichen Rechts zu erfüllen hat“.[1] Hoheitlich ist eine Tätigkeit dann, wenn sie aus der [Staatsgewalt](#) abgeleitet ist. Das ist der Fall, wenn eine Tätigkeit durch [Gesetz](#) oder ähnliche [Rechtsnormen](#) ([Satzung](#)) einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft zugewiesen wurde oder ihr nach der geschichtlichen Entwicklung vorbehalten ist. Erst die Aufgabe (Zweck) und die Mittel zur Erreichung des Zwecks sind zusammen geeignet, eine hoheitliche Tätigkeit umfassend zu charakterisieren.[2]

...Beamte werden mit hoheitlichen Aufgaben betraut, denn bei der Berufung in das Beamtenverhältnis sind nach § 5 BBG hoheitliche Aufgaben oder Sicherheitsaufgaben zu übertragen."

Verstehe trotzdem nicht, warum Soldaten und Feuerwehrleute keine Beamten sind, Polizisten und Lehrer schon. Im Grunde ist das historisch bedingt und könnte genauso gut abgeschafft werden, oder nicht? Frage war u.a.: kann sich der Staat all die Beamten überhaupt leisten? Also auch noch die Pensionen in 30 Jahren bei aktueller Bevölkerungsentwicklung.

Beitrag von „Lindbergh“ vom 7. September 2019 16:25

Zitat von Krabappel

Verstehe trotzdem nicht, warum Soldaten und Feuerwehrleute keine Beamten sind, Polizisten und Lehrer schon. Im Grunde ist das historisch bedingt und könnte genauso gut abgeschafft werden, oder nicht? Frage war u.a.: kann sich der Staat all die Beamten überhaupt leisten? **Also auch noch die Pensionen in 30 Jahren bei aktueller Bevölkerungsentwicklung.**

Der Staat kann ja finanzielle Anreize schaffen, um die Geburtenrate so zu erhöhen, dass die Bevölkerungsentwicklung langfristig stabil bleibt, z.B. finanzielle Anreize bei mindestens 2 Kindern oder (und ja, die Version ist hier im Forum sicher nicht so beliebt) eine wenig-Kinder-Steuer bei keinem oder nur einem Kind (vgl. Einkindpolitik in China, nur andersherum). Wenn es ihm dadurch gelingt, die Geburtenrate zu erhöhen, besteht auch keine Gefahr mehr zur Finanzierung der Pensionen. Davon abgesehen, dass die Pensionen von Lehrern eh kleine Fische sind - verglichen mit den Pensionen von Toppolitikern...

Beitrag von „Caro07“ vom 7. September 2019 16:41

Berufssoldaten sind, wie Moebius erwähnt hat, den Bundesbeamten gleichgestellt und werden so besoldet, erhalten eine Pension. Wenn sie krank werden, unterstehen sie der freien Heilsfürsorge der Bundeswehr. In der Pension sind sie dann beihilfeberechtigt wie die Lehrer auch.

Für eine Feuerwehr zu sorgen, ist Aufgabe der Gemeinde. In kleineren Städten und Dörfern gibt es nur die freiwillige Feuerwehr, ein Ehrenamt. Die Berufsfeuerwehr ist von der Gemeinde, also der größeren Stadt, bezahlt.

Beitrag von „Kalle29“ vom 7. September 2019 16:42

Zitat von Lehramtsstudent

Davon abgesehen, dass die Pensionen von Lehrern eh kleine Fische sind - verglichen mit den Pensionen von Toppolitikern...

Ein bißchen Populismus am Nachmittag schadet nie, oder? Abgeordnete erhalten maximal 67,5% der momentanen Aufwandsentschädigung, was knapp 6300€ insgesamt entspricht. Unser Pensionsanspruch bewegt sich (Stand heute) bei irgendwas zwischen 3000€ und 4000€ - allerdings bei erheblich längerer Lebensarbeitszeit. Trotzdem habe ich irgendwie das Gefühl, das es dann doch nicht so viele Abgeordnete gibt wie Lehrer (oder Beamte des höheren Dienstes). Somit sind die Kosten für die Pension der Lehrer wohl erheblich höher als die für Politiker.

Zum Thema: <https://www.rehm-verlag.de/beamtenrecht/b...tet-hoheitlich/>

Der Text inkl. der Verlinkungen zu weiteren Texten ist recht interessant, was das Thema angeht.

Beitrag von „Krabappel“ vom 7. September 2019 17:00

Zitat von Caro07

Berufssoldaten sind, wie Moebius erwähnt hat, den Bundesbeamten gleichgestellt

Mag sein, es sind aber keine Beamten, darum geht's mir. Man könnte angestellte Lehrer auch besser bezahlen und allerlei Gleichstellungen vornehmen, es gibt aber eben einen grundlegenden Unterschied.

Also: ist das Beamtentum überhaupt sinnvoll und warum bei Lehrer*innen?

Beitrag von „Bolzbold“ vom 7. September 2019 17:07

Die Pensionen sind ein immer größer werdender Haushaltsposten in allen Bundesländern, vor allem angesichts der im Vergleich zur Lebensarbeitszeit deutlich gestiegenen Lebenserwartung. Ich habe die Rechnung ja an anderer Stelle schon einmal aufgemacht: 30 Jahre bis zum Ende der Ausbildung, 30 Jahre im Dienst, 30 Jahre Pension. Das ist bewusst so pauschal zugespitzt, soll aber genau die Problematik aufzeigen, vor der wir stehen. Der Lebensarbeitszeit von im besten Fall 40 Jahren stehen mindestens 50% an unproduktivem Leistungsbezug entgegen. Das gilt für die Angestellten wie für die Beamten - das kann keine Gesellschaft auf Dauer leisten.

Die eigentliche Sauerei daran sind nicht die Höhen der Pensionen der Abgeordneten oder der anderen Politiker oder gar des Fußvolks sondern der Umstand, dass kaum ein Bundesland für entsprechende Rücklagen gesorgt hat. Das Geld ist an anderer Stelle ausgegeben worden, da steigenden Pensionslasten aus Sicht der Entscheidungsträger von damals noch mehrere Legislaturperioden entfernt waren.

Die Sünden von damals werden wir im wahrsten Sinn des Wortes bezahlen dürfen. Ich rechne noch in meiner Dienstzeit, die aktuell noch 22 Jahre beträhgt, mit einer Erhöhung des Pensionierungsalters auf 70 Jahre sowie mit einer Absenkung des Pensionslevels von aktuell knapp über 70% auf maximal 60% sowie zusätzlicher Abzüge für alle, die früher gehen wollen oder müssen, so dass die effektive Pension dann annähernd dem gegenwärtigen Rentenniveau gleichen wird. Alles andere wird sich kaum ein Bundesland leisten können - und die Medien, allen voran die Boulevardpresse - sorgt in mehrwöchigen Abständen für ein regelmäßiges Aufflammen der Neiddebatte, so dass man uns das mehrheitlich wünschen wird, dass es uns endlich auch so "schlecht" geht wie den Rentnern.

Wer hier nicht hinreichend vorsorgt, wird das Nachsehen haben.

Beitrag von „Bolzbold“ vom 7. September 2019 17:08

Zitat von Krabappel

Mag sein, es sind aber keine Beamten, darum geht's mir. Man könnte angestellte Lehrer auch besser bezahlen und allerlei Gleichstellungen vornehmen, es gibt aber eben einen grundlegenden Unterschied.

Also: ist das Beamtentum überhaupt sinnvoll und warum bei Lehrer*innen?

@Krabappel

Ich finde diese Diskussion über diese Frage redundant und ermüdend. Das kann man alles im Netz recherchieren - inklusive der passenden Argumentation. Was brauchst Du dazu unsere letztlich irrelevanten Meinungen? Entscheiden tun darüber andere.

Beitrag von „Krabappel“ vom 7. September 2019 17:14

[Zitat von Bolzbold](#)

[@Krabappel](#)

Ich finde diese Diskussion über diese Frage redundant und ermüdend. Das kann man alles im Netz recherchieren - inklusive der passenden Argumentation. Was brauchst Du dazu unsere letztlich irrelevanten Meinungen? Entscheiden tun darüber andere.

aus demselben Grund, aus dem du geantwortet hast? Komische Frage.

Und für Sachsen ist es eben neu. In den alten Bundesländern ist das Verbeamten von Lehrern selbstverständlich. Hier ist es das nicht. Es gibt einige unter Vierzigjährige, die sich bewusst nicht verbeamten lassen, das ist doch interessant!

Beitrag von „Moebius“ vom 7. September 2019 17:21

Und wie gut die Versuche, das Beamtentum bei Lehrern abzuschaffen, gelaufen sind, kann man ja in diversen Bundesländern sehen.

Nebenbei sind Angestellte zumindest kurzfristig teurer als Beamte, weil die Beiträge zur Sozialversicherung sofort fällig werden und nicht erst in Wahlperioden, die weit in der Zukunft liegen.

Beitrag von „Mikael“ vom 7. September 2019 17:21

[Zitat von Bolzbold](#)

Die eigentliche Sauerei daran sind nicht die Höhen der Pensionen der Abgeordneten oder der anderen Politiker oder gar des Fußvolks sondern der Umstand, dass kaum ein Bundesland für entsprechende Rücklagen gesorgt hat. Das Geld ist an anderer Stelle ausgegeben worden, da steigenden Pensionslasten aus Sicht der Entscheidungsträger

von damals noch mehrere Legislaturperioden entfernt waren. Die Sünden von damals werden wir im wahrsten Sinn des Wortes bezahlen dürfen. Ich rechne noch in meiner Dienstzeit, die aktuell noch 22 Jahre beträhgt, mit einer Erhöhung des Pensionierungsalters auf 70 Jahre sowie mit einer Absenkung des Pensionslevels von aktuell knapp über 70% auf maximal 60% sowie zusätzlicher Abzüge für alle, die früher gehen wollen oder müssen, so dass die effektive Pension dann annähernd dem gegenwärtigen Rentenniveau gleichen wird. Alles andere wird sich kaum ein Bundesland leisten können - und die Medien, allen voran die Boulevardpresse - sorgt in mehrwöchigen Abständen für ein regelmäßiges Aufflammen der Neiddebatte, so dass man uns das mehrheitlich wünschen wird, dass es uns endlich auch so "schlecht" geht wie den Rentnern.

Wer hier nicht hinreichend vorsorgt, wird das Nachsehen haben.

Genauso wird es kommen. Wer hier von den Berufsanfängern noch davon herumschwafelt, dass die Pensionen ja der Hammer seien und alle anderen Nachteile aufwiegen, und sein Geld viermal im Jahr für Fernreisen verjuxt, der wird sich noch umgucken...

Gruß !

Beitrag von „Mikael“ vom 7. September 2019 17:35

[Zitat von Krabappel](#)

Verstehe trotzdem nicht, warum Soldaten und Feuerwehrleute keine Beamten sind, Polizisten und Lehrer schon. Im Grunde ist das historisch bedingt und könnte genauso gut abgeschafft werden, oder nicht? Frage war u.a.: kann sich der Staat all die Beamten überhaupt leisten? Also auch noch die Pensionen in 30 Jahren bei aktueller Bevölkerungsentwicklung.

Soldaten sind Beamten rechtlich praktisch gleichgestellt: Disziplinarrecht, Besoldung, bekommen sogar freie Heilfürsorge. Berufssoldaten sind praktisch Beamte, heißen nur anders, und bekommen auch eine Pension. Zeitsoldaten logischerweise nicht, da "Soldaten auf Zeit" (wie "Beamte auf Zeit"). Und die Berufsfeuerwehr hat natürlich auch Beamte ("Oberbrandmeister", "Branddirektor" usw.). Dass die freiwillige Dorffeuwehr, die wöchentlich die Löschung ihres Durst"brandes" in den umliegenden Dörfern "übt", keine Beamten sind, ist doch logisch...

Und ja, der Staat könnte sich die Pensionen locker leisten, wenn er die eingesparten Sozialversicherungsbeiträge und die effektive niedrigere Bruttobesoldung (im Vergleich zum Angestelltenbrutto) nicht "für wichtigere Dinge" verjuxt hätte, sondern z.B. in einem Pensionsfond (wie in anderen Ländern üblich) angelegt hätte, siehe Beitrag von Bolzbold.

Gruß !

Beitrag von „WillG“ vom 7. September 2019 17:58

Zitat von Bolzbold

Ich rechne noch in meiner Dienstzeit, die aktuell noch 22 Jahre beträhgt, mit einer Erhöhung des Pensionierungsalters auf 70 Jahre sowie mit einer Absenkung des Pensionslevels von aktuell knapp über 70% auf maximal 60% sowie zusätzlicher Abzüge für alle, die früher gehen wollen oder müssen, so dass die effektive Pension dann annähernd dem gegenwärtigen Rentenniveau gleichen wird.

Dass da was passiert, ist recht wahrscheinlich. Ob das wirklich so extrem sein wird... möglich. Bei der letzten Erhöhung des Pensionsalters gab es einen Bestandsschutz bis zu einem gewissen Alter/Geburtsjahrgang. Weiß noch jemand, wo der lag? Je näher ich an die 50 rücke, desto mehr Hoffnung (Illusion?) habe ich, dem vielleicht noch zu entkommen. Vor allem was die Kürzung des Ruhegehalts angeht, kann ich mir nicht vorstellen, dass das einfach so bis ins recht hohe Dienstalster möglich sein soll. Eine gewisse Rechtssicherheit muss ich doch bei der Planung meiner Altersvorsorge haben. Und, ja, natürlich Sorge ich auch privat vor. Trotzdem...

Beitrag von „Das Pangolin“ vom 7. September 2019 18:44

Zitat von Lehramtsstudent

Der Staat kann ja finanzielle Anreize schaffen, um die Geburtenrate so zu erhöhen, dass die Bevölkerungsentwicklung langfristig stabil bleibt, z.B. finanzielle Anreize bei mindestens 2 Kindern oder (und ja, die Version ist hier im Forum sicher nicht so beliebt) eine wenig-Kinder-Steuer bei keinem oder nur einem Kind (vgl. Einkindpolitik in China, nur andersherum). Wenn es ihm dadurch gelingt, die Geburtenrate zu erhöhen, besteht auch keine Gefahr mehr zur Finanzierung der Pensionen. Davon abgesehen, dass die

Pensionen von Lehrern eh kleine Fische sind - verglichen mit den Pensionen von Toppolitikern...

Ja, aber der Staat kann diese Gelder auch sinnvoller einsetzen. Die meisten Menschen haben wohl den "biologischen Drang" und das "kulturelle Ideal", Eltern zu werden. Wenn die Bevölkerung schrumpft, was für Natur und Umwelt ja nur gut ist (ein Beitrag zum Klimaschutz also?), können "Lücken" durch geordnete Zuwanderung aufgefüllt werden. Das war doch in der Vergangenheit auch so. Man denke an die Gastarbeiter der 1960er Jahre. Man denke an die Herrscher des Mittelalters und der Frühen Neuzeit, die deutsche Siedler in ihre Länder lockten, um sie zu besiedeln, zu sichern und zu erschließen (Siebenbürger Sachsen, Wolgadeutsche usw.).

Das Rentensystem könnte eine mutige Regierung auch umstellen, sodass es nicht mehr von der Bevölkerungszahl abhängig ist. Dafür bräuchte man dann allerdings wahrscheinlich eine große Koalition. Hmmm ...

Ich meine, Beamte sollten nur sein, die wirklich nicht in einen Arbeitsausstand treten können dürfen, weil dann die öffentliche Ordnung zusammenbräche. Wenn Lehrer streiken, bricht die öffentliche Ordnung nicht zusammen. Wenn sie als Angestellte streiken, können sie auch mehr durchsetzen, als wenn sie lediglich auf Verhandlungen in Hinterzimmern hoffen müssen. Verbeamtet zu sein, ist für den einzelnen Lehrer vorteilhaft, aber für die Lehrerschaft im Ganzen ein Nachteil.

Polizisten sollten aus diesem Grunde aus meiner Sicht verbeamtet sein. **Ärzte aber eigentlich auch**. Jedenfalls eher als Lehrer! Vielleicht würde ja dann die Abzocke im Gesundheitswesen aufhören (IGEL-Leistungen u. dgl. mehr).

Beitrag von „Mikael“ vom 7. September 2019 20:04

Zitat von WillG

Vor allem was die Kürzung des Ruhegehalts angeht, kann ich mir nicht vorstellen, dass das einfach so bis ins recht hohe Dienstalter möglich sein soll. Eine gewisse Rechtssicherheit muss ich doch bei der Planung meiner Altersvorsorge haben. Und, ja, natürlich Sorge ich auch privat vor. Trotzdem...

Die "Rechtssicherheit" heißt Alimentationsprinzip. Kurz gesagt, er muss nur dafür sorgen, dass du im Alter nicht verhungerst, nicht erfrierst und eine gewisse medizinische Grundversorgung

bekommst. Das kann auch heißen: Essen in der Massenkantine, Wohnen in der Sammelunterkunft und medizinische Verorgung wie in Großbritannien (NHS: alle bekommen ein gewisses Grundniveau; je älter man ist, desto weniger, weil sich das volkswirtschaftlich nicht mehr "lohnt").

Zitat von Tayfun Pempelfort

Wenn Lehrer streiken, bricht die öffentliche Ordnung nicht zusammen.

Doch, hat man doch schon am Aufschrei bei den (lächerlichen) Kita-Streiks gesehen. Wenn ALLE Lehrer wochen- oder gar monatelang streiken, läuft hier nichts mehr in diesem Land, da die ca. 10 Millionen minderjährige Schüler irgendwie betreut werden müssen und nicht auf den Straßen, in den Einkaufszentren oder auf den Arbeitsplätzen der doppelverdienenden Eltern herumlungern sollen. Einige vergessen hier scheinbar, dass für die Schule außer "Bildung" die genauso wichtige Aufgabe der Schule in einer hoch-arbeitsteiligen Gesellschaft die "Betreuung" der lieben Kleinen ist. Aber so ein Lehrerstreik ist insofern unwahrscheinlich, da er in diesem Ausmaße wohl niemals von der GEWerkchaft aus ideologischen Gründen unterstützt werden würde und auch der Großteil der Lehrerschaft mittlerweile aus hedonischen, "leuchtende Kinderaugen" IdealisitINNEN besteht, die alles wollen, aber nur nicht für die eigenen Interessen eintreten...

Ergänzung: Was passiert, wenn angestellte Lehrer landesweit und langfristig streiken, hat man ja vor mehreren Jahren in Dänemark gesehen: Trotz Streikrecht hat die Regierung die Lehrerstreiks per Gesetz einfach für "illegal" erklärt....

Zitat

Vier Wochen Zwangsferien sind beendet: Ab Montag sollen Dänemarks Gesamtschüler wieder zur Schule gehen. Die sozialdemokratische Ministerpräsidentin Helle Thorning-Schmidt kündigte an, den Arbeitskampf mit einem **Sondergesetz** zu beenden. Es sei inzwischen der Punkt erreicht, an dem die Regierung eingreifen müsse, damit die Kinder wieder zur Schule gehen könnten.

<https://www.spiegel.de/lebenundlernen...r-a-896458.html>

Gruß !

Beitrag von „Krabappel“ vom 7. September 2019 21:08

Okay, so richtig sicher scheint offenbar niemand Bescheid zu wissen. Ich schrieb ja, dass es in Sachsen einige gibt, die sich bewusst gegen eine Verbeamtung entscheiden. Viele fanden die Vorteile vor allem des höheren Gehaltes wegen nett und haben dieses doch nicht unerhebliche Formular unterschrieben. Andere hatten eben Zweifel und das finde ich interessant, weil ich im Forum immer herauslese, dass sich kein(e) einzige(r) Kolleg*in aus den alten Bundesländern freiwillig anstellen lässt, wenn er/sie wählen kann. Und sei es nur, um sein Recht aufs Streiken nicht zu verwirken.

Beitrag von „Das Pangolin“ vom 7. September 2019 21:25

Zitat von Mikael

...

Doch, hat man doch schon am Aufschrei bei den (lächerlichen) Kita-Streiks gesehen. Wenn ALLE Lehrer wochen- oder gar monatelang streiken, läuft hier nichts mehr in diesem Land, da die ca. 10 Millionen minderjährige Schüler irgendwie betreut werden müssen und nicht auf den Straßen, in den Einkaufszentren oder auf den Arbeitsplätzen der doppelverdienenden Eltern herumlungern sollen. Einige vergessen hier scheinbar, dass für die Schule außer "Bildung" die genauso wichtige Aufgabe der Schule in einer hoch-arbeitsteiligen Gesellschaft die "Betreuung" der lieben Kleinen ist. Aber so ein Lehrerstreik ist insofern unwahrscheinlich, da er in diesem Ausmaße wohl niemals von der GEWerkchaft aus ideologischen Gründen unterstützt werden würde und auch der Großteil der Lehrerschaft mittlerweile aus hedonischen, "leuchtende Kinderaugen" Idealist:INNEN besteht, die alles wollen, aber nur nicht für die eigenen Interessen eintreten...

Ergänzung: Was passiert, wenn angestellte Lehrer landesweit und langfristig streiken, hat man ja vor mehreren Jahren in Dänemark gesehen: Trotz Streikrecht hat die Regierung die Lehrerstreiks per Gesetz einfach für "illegal" erklärt....

Gruß !

Nein, da haben zwar tausende, ja zehntausende Eltern, die größtenteils arbeiten gehen, **ein großes (Betreuungs-)Problem**, wenn Lehrer streiken, und das soll ja auch so sein, denn wie sonst soll Druck auf den Verhandlungspartner entstehen, aber da bricht nicht die öffentliche Ordnung zusammen, wie wenn die Polizisten wochenlang streiken würden und Kriminelle machen können, was sie wollen und keiner mehr die öffentliche Sicherheit überwacht.

Es ist also eher vergleichbar mit den Arbeitsausständen von Piloten, Fluglotsen, Müllabfuhr, bei Bussen und Bahnen ... ausgesprochen ärgerlich natürlich für die Betroffenen, aber kein Zusammenbrechen der öffentlichen Ordnung. (Aber da kann man nun sicherlich sehr unterschiedlicher Meinung sein und herrlich streiten, was zur öffentlichen Ordnung gehört und was sie gefährdet und was nicht. Das räume ich gerne ein.)

Beitrag von „Mikael“ vom 7. September 2019 23:17

Wenn Millionen Eltern nicht arbeiten könnten, weil sie ihre Kinder betreuen müssen, hätte das natürlich massive Auswirkungen auf die Funktion unsere hoch-spezialisierten, arbeitsteiligen Wirtschaft. Schließlich arbeiten nur die wenigsten im Home-Office.

Wäre das nun ein "Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung", wenn Firmen, Behörden, Krankenhäuser usw. nur noch eingeschränkt funktionieren? Die dänische Regierung scheint es mit ihrem Sondergesetz gegen den Lehrerarbeitskampf so gesehen zu haben...

Gruß !

Beitrag von „Schmidt“ vom 8. September 2019 00:05

[Zitat von Krabappel](#)

Okay, so richtig sicher scheint offenbar niemand Bescheid zu wissen. Ich schrieb ja, dass es in Sachsen einige gibt, die sich bewusst gegen eine Verbeamtung entscheiden. Viele fanden die Vorteile vor allem des höheren Gehaltes wegen nett und haben dieses doch nicht unerhebliche Formular unterschrieben. Andere hatten eben Zweifel und das finde ich interessant, weil ich im Forum immer herauslese, dass sich kein(e) einzige(r) Kolleg*in aus den alten Bundesländern freiwillig anstellen lässt, wenn er/sie wählen kann. Und sei es nur, um sein Recht aufs Streiken nicht zu verwirken.

Über was denn Bescheid wissen? Was die Funktion des Beamtentums ist, wurde ausführlich erläutert.

Warum sich trotzdem Menschen gegen eine Verbeamtung entscheiden? Weil sie flexibler bleiben, weil sie es vielleicht nicht gut finden, so eng mit dem Staat verwoben zu sein, weil sie wegen Vorerkrankungen nicht in eine PKV kommen und sie durchgerechnet haben, dass es als

Angestellte günstiger ist, weil sie das Beamtentum ablehnen und deshalb selbst keine sein wollen. Das sind nur ein paar Gründe, die mir bisher begegnet sind (im Westen übrigens). Es gibt sicher noch ein paar mehr Gründe. Frag doch einfach mal die Leute in Sachsen, die keine Verbeamtung wollen.

Dass Soldaten keine Beamten sind, ergibt Sinn, denn sonst könnten sie generell im Rahmen der Amtshilfe im Inneren eingesetzt werden. Man könnte also bspw. auf die Idee kommen, dass die Bundeswehr die Polizei in ihrer Arbeit, auch unter Waffeneinsatz unterstützen könne.

Feuerwehrleute in Berufsfeuerwehren sind Beamte. Feuerwehrleute in Freiwillige Feuerwehren sind keine Staatsbediensteten, sondern machen das nebenberuflich, sind also keine Beamten.

Beitrag von „Krabappel“ vom 8. September 2019 00:51

[Zitat von Schmidt](#)

Was die Funktion des Beamtentums ist, wurde ausführlich erläutert.

eigentlich nicht

[Zitat von Schmidt](#)

Über was denn Bescheid wissen?

die genaue Bedeutung, die Nachteile

[Zitat von Schmidt](#)

weil sie das Beamtentum ablehnen und deshalb selbst keine sein wollen.

Genau, das interessiert mich. Klar hab ich gefragt, die Antworten waren aber eher diffus (Abhängigkeit- gefühlt oder real im Vergleich zum ÖD?)

[Zitat von Schmidt](#)

Dass Soldaten keine Beamten sind, ergibt Sinn, denn sonst könnten sie generell im Rahmen der Amtshilfe im Inneren eingesetzt werden.

danke, ja das ist einleuchtend.

Beitrag von „Karl-Dieter“ vom 8. September 2019 06:48

[Zitat von Krabappel](#)

Feuerwehrleute

Sind sie doch - Berufsfeuerwehr sind eigentlich überall Beamte.

Beitrag von „Karl-Dieter“ vom 8. September 2019 06:51

[Zitat von Schmidt](#)

Dass Soldaten keine Beamten sind, ergibt Sinn, denn sonst könnten sie generell im Rahmen der Amtshilfe im Inneren eingesetzt werden. Man könnte also bspw. auf die Idee kommen, dass die Bundeswehr die Polizei in ihrer Arbeit, auch unter Waffeneinsatz unterstützen könne.

Das eine hat doch gar nix mit dem anderen zu tun. Der Einsatz der Bundeswehr wird, unabhängig davon ob der Status (wie jetzt) Soldat lautet oder Beamter, durch das GG und entsprechende Gesetze geregelt.

Beitrag von „kodi“ vom 8. September 2019 09:23

Letztendlich zeigt das Berufsbeamtentum die Wertschätzung, die Bildung einmal besaß.

Bei der Gründung der BRD wurde eine für alle frei zugängliche einheitliche Bildung noch für so wichtig erachtet, dass sie den hoheitlichen Aufgaben zugeordnet wurde. Ein Faktor war da vielleicht, dass es erst wenige Jahrzehnte her war, dass Bildung in der Praxis nicht allen zugänglich war und es damals deshalb noch offensichtlicher war, dass sie die Basis für die moderne Wirtschaft und moderne Staatsformen ist.

Daher schien es eine gute Idee, Lehrer stärker an den Staat zu binden als nur durch Geld, um diese hoheitliche Aufgabe zu sichern. Deshalb wurde die Tradition Beamtentum also Tausch von Loyalität, Treue, Pflichterfüllung gegen Alimentierung wiedereingeführt/weitergeführt.

In der heutigen individualisierten Ich-Gesellschaft sind Werte wie Loyalität, Treue, Pflicht natürlich für die Mehrheit völlig fremdartige Konzepte dem Staat gegenüber. Alle Werte werden vor dem individuellen persönlichen Nutzen beurteilt. Persönlichen Nutzen kauft man heute am leichtesten mit Geld. Entsprechend ist der Tausch Geld gegen "eine Leistung" für die meisten der Normalzustand.

Dazu kommt, dass Bildung massiv an Wertschätzung verloren hat. Es gibt niemanden mehr in Deutschland, an dem man die Folgen von mangelndem Zugang zu Bildung erkennen kann. Bildung wird in unserer individualisierten Ich-Gesellschaft als individuelles Merkmal wahrgenommen. Der Bildungsversager ist selber schuld, die Erfolgreichen glauben, alles aus eigener Kraft ohne Hilfe erreicht zu haben oder hätten erreichen zu können (Stichwort: Vom Baby als Autodidakt zum Arzt ohne Schule/Uni). Entsprechend schwindet der Gesellschaftliche Konsenz, dass Bildung eine hoheitliche Aufgabe ist. Das sieht man auch an der Übertragung neoliberaler Konzepte auf den Bildungsbereich und der Zunahme an Privatschulen.

Letztendlich bleiben dadurch in der Realität leider nur drei Aspekte, die das Beamtentum aufrechterhalten:

- Trägheit der Gesellschaft/Politik Änderungen vorzunehmen
- Vorteil des Streikverbot für den Staat
- Vorteil für die Politik die Pensionsrückstellungen für andere Dinge zu mißbrauchen, da die Folgen erst weit nach der eigenen Amtszeit sichtbar werden.

Ob man Bildung heute noch als hoheitliche Aufgabe betrachten will oder nicht und ob man Lehrer durch ein Beamtenverhältnis an den Staat binden muß, ist wie bei allen hoheitlichen Aufgaben eine Frage des gesellschaftlichen Konsenz.

Beitrag von „Wollsocken80“ vom 8. September 2019 10:40

Ich sag Dir warum ich froh bin nicht verbeamtet zu sein: Ich kann mir meinen Arbeitgeber selbst aussuchen genauso wie sich mein Arbeitgeber seine Mitarbeiter selbst aussuchen kann. Ich

kann jederzeit mit 3 Monaten Frist kündigen, wenn's mir nicht mehr passt. Ich müsste nicht mal das laufende Schuljahr zu Ende machen.

Wir dürften streiken aber dafür bräuchten wir eine Entschlussbeteiligung von 80 % aller Gewerkschaftsmitglieder und von allen die abgestimmt haben, müssten wiederum 80 % für den Streik sein. Zuletzt sind wir am Quorum gescheitert also wurde nicht gestreikt.

Das Staatsapparat hat bei uns an einigen Stellen gesetzlichen Sonderstatus, warum wir aber faktisch unkündbare Beamte sein müssten, das sehe ich absolut nicht. Wir sind übrigens das einzige Land im OECD-Bildungsraum, in dem das staatliche Schulwesen dem privaten deutlich überlegen ist. Auch dafür braucht es kein Beamtentum.

Beitrag von „Stille Mitleserin“ vom 8. September 2019 11:12

Hoheitliche Aufgaben nehmen wir Lehrkräfte in dem Moment wahr, in dem wir Prüfungen abnehmen.

Zusatz: Verwaltungsakte sind hoheitliche Aufgaben.

Und hier liegt die Krux bei einem Streik - natürlich ist es unangenehm, wenn die Kinder nicht mehr in der Schule betreut werden.

Noch unangenehmer wird es aber, wenn die Prüfungen und Abschlüsse ausfallen.

An meiner beruflichen Schule sind 20 Schularten vertreten. Pro Halbjahr legen bei uns etwa 700 junge Menschen ihre Abschlussprüfungen der Berufsschulen ab, danach gibt es ein Schulzeugnis und den Gesellenbrief, den die Kammern auf Basis der schulischen Prüfungen plus einer mündlichen Kammerprüfung erstellen.

Bei einem Streik gäbe es keine Gesellenbriefe in dem Halbjahr, keine Abiturzeugnisse, keine Meisterbriefe, kein Fachabi. Alle müssten noch mal ein Jahr Schule dranhängen... Wie? In welchen Klassen? Mit welchen Ressourcen?

Das wäre eine erhebliche Störung der Abläufe und streiktechnisch gar nicht schwer, da die Prüfungen alle zeitlich eng getaktet abgenommen werden.

Beitrag von „Wollsocken80“ vom 8. September 2019 11:17

Ja klar, wozu soll man denn sonst streiken, wenn man nicht empfindlich stören will? Unsere Maturanden hätten die Möglichkeit die Eidgenössische Matura abzulegen. Die Abschlussprüfungen an den Berufsschulen können ja die Ausbilder in den Betrieben selbst

abnehmen und ihre Azubis dann ganz normal anstellen.

Beitrag von „Krabappel“ vom 8. September 2019 11:20

Zitat von Stille Mitleserin

natürlich ist es unangenehm, wenn die Kinder nicht mehr in der Schule betreut werden.
Noch unangenehmer wird es aber, wenn die Prüfungen und Abschlüsse ausfallen.

Naja, wenn mein Arbeitgeber nicht mehr produzieren kann, weil ich das Fließband bestreike, setze ich ihn direkt unter Druck.

Wenn ich keine Prüfungen abnehme, hat ein ganzer Jahrgang ein Jahr verbockt und kann nicht weiter im Lebenslauf, während die, die mich bezahlen oder Arbeitsbedingungen schaffen ganz andere Leute sind. Wäre schon ganz schön assi und deswegen macht das auch niemand.

Beitrag von „Wollsocken80“ vom 8. September 2019 11:22

Wer hat überhaupt geschrieben, dass zwingend während einer Phase mit Abschlussprüfungen gestreikt werden muss? Bei der Gewerkschaft hocken schon noch ganz normale Leute, die selber Kinder haben.

Beitrag von „WillG“ vom 8. September 2019 12:50

Zitat von Krabappel

Naja, wenn mein Arbeitgeber nicht mehr produzieren kann, weil ich das Fließband bestreike, setze ich ihn direkt unter Druck.

Wenn ich keine Prüfungen abnehme, hat ein ganzer Jahrgang ein Jahr verbockt und kann nicht weiter im Lebenslauf, während die, die mich bezahlen oder

Arbeitsbedingungen schaffen ganz andere Leute sind. Wäre schon ganz schön assi und deswegen macht das auch niemand.

Der Vergleich greift zu kurz. Es ist ja nun nicht so, dass Streiks in der freien Wirtschaft immer nur den Arbeitgeber treffen, während ein Lehrerstreik ganz alleine die unschuldigen Schüler benachteiligen würde.

Wenn ich als Lufthansapilot streike, dann verweigere ich Kunden den Urlaub, auf den sie möglicherweise ein oder mehrere Jahre hingespant haben, obwohl die, die mich bezahlen oder meine Arbeitsbedingungen schaffen, ganz andere Leute sind.

Wenn ich als Müllabfuhr streike, dann versinken alle möglichen Bewohner im Müll, obwohl die, die mich bezahlen oder meine Arbeitsbedingungen schaffen, ganz andere Leute sind.

Wenn ich als Mitarbeiter bei Amazon streike, dann warten alle Kunden auf ihre Bestellungen, obwohl die, die mich bezahlen oder meine Arbeitsbedingungen schaffen, ganz andere Leute sind.

etc. etc. etc.

Beim Streik werden fast immer "Unschuldige" geschädigt, die den wirklichen Entscheidungsträgern aber aus verschiedensten Gründen (wirtschaftlich, politisch, gesellschaftlich) so wichtig sind, dass der Druck an die Entscheidungsträger weitergegeben wird. Nicht anders wäre es bei einem Lehrerstreik. Und ja, Prüfungen zu bestreiken wäre sicherlich eine Option, aber ich nehme an, dass das eher eine Eskalationsstufe wäre.

Beitrag von „Stille Mitleserin“ vom 8. September 2019 13:22

Es ging hier darum, warum Lehrer noch immer mehrheitlich Beamte sind und um eine Begründung, warum das auch besser ist.

Ob man einem ganzen Jahrgang an jungen Leuten die Zukunft verweigert ist eine theoretische Frage. Es ist möglich, wenn alle Lehrer nicht mehr verbeamtet wären.

Hinzu kommt natürlich noch die Attraktivität des Berufsbeamtentums - Bundesländer, die nicht mehr verbeamtet haben/verbeamteten, bekommen/bekamen kaum noch Lehrerinnen und Lehrer. Wenn man das umstellen wollte, müsste das eine bundesweite Entscheidung sein (problematisch: es geht ja um Landesbeamte, die Länder müssten sich also einigen).

Und dann - dann wird es teuer für den Staat. Beamte sind derzeit nämlich billiger im Unterhalt als Angestellte. Der Staat/die Länder müssten jeden Monat den AG-Anteil an den

Sozialversicherungen berappen. Bisher zahlt der Staat keine RV und nur im Krankheitsfall (daher auch die gesundheitliche Überprüfung, Beamte sind zumindest in den ersten Arbeitsjahren deutlich gesünder als der Rest der AN, weil sie danach ausgesucht werden.)

Hinzukäme eine deutliche Steigerung des Bruttolohns der Beamten, um beim Netto zumindest auf das Gleiche zu kommen - was man tun müsste (gesetzlich). Das wird teuer.

Teuer würde es auch, eine betriebliche Altersvorsorge zu unterstützen (Pflicht).

Hinzu käme noch die Forderung nach weniger Arbeitszeit - in Bawü wie in den meisten Bülä haben die Beamten eine höhere wöchentliche Arbeitszeit als die Angestellten. 2 Stunden pro Woche tun da richtig weh. Das betrifft zwar nicht die Lehrer in dne schulen, aber die in der Verwaltung. Und das sind nicht wenige.

hinzu kämen auch trafliche Forderungen für Mehrarbeit, Fahreten etc - für Angestellte sind die Kosten deutlich höher als für Beamte.

Summa summarum: trotz noch hoher Pensionen sind Beamte billiger für den Staat.

Dass sich im Gegensatz zur gestzlichen RV eine Ungleichb4ehandlung ergibt, ist richtig und unschön. Diese ergibt sich aber nicht aus dem Berufsbeamtentum an sich, sondern daraus, dass der Rentensatz von ursprünglich auch über 70% (identisch wie bei den Beamten) auf gerade mal 43% im Jahr 2030 absinkt. Die AN haben sich das von den verschiedenen Regierungen servieren lassen, ohne aktiv zu werden.

Beitrag von „Wollsocken80“ vom 8. September 2019 13:23

Zitat von WillG

Wenn ich als Müllabfuhr streike, dann versinken alle möglichen Bewohner im Müll

Das hatten wir doch vor etlichen Jahren mal zumindest in Baden-Württemberg. Ich mag mich erinnern, dass das ausgesprochen unangenehm war. Ein Lehrerstreik während einer nicht-Prüfungs-Phase würde bei weitem nicht alle Teile der Bevölkerung derart hart treffen. Kinder ab 12 - 13 Jahren können sich problemlos alleine zu Hause vergnügen. Ätzend wäre es für alle Eltern mit jüngeren Kindern, die in der Zeit nirgendwo mehr geparkt werden könnten.

Zitat von Stille Mitleserin

Ob man einem ganzen Jahrgang an jungen Leuten die Zukunft verweigert ist eine theoretische Frage.

Sie ist ausgesprochen theoretisch, denn wie ich bereit schrieb haben diejenigen, die über das Wann und Wie eines Streiks entscheiden oft selbst Kinder und wären gleichermassen Betroffene wie Streikende.

Beitrag von „WillG“ vom 8. September 2019 13:24

[Zitat von Stille Mitleserin](#)

Ob man einem ganzen Jahrgang an jungen Leuten die Zukunft verweigert ist eine theoretische Frage. Es ist möglich, wenn alle Lehrer nicht mehr verbeamtet wären.

Daher auch der Konjunktiv II in den entsprechenden Sätzen meines Posts.

Beitrag von „WillG“ vom 8. September 2019 13:27

[Zitat von Stille Mitleserin](#)

Ob man einem ganzen Jahrgang an jungen Leuten die Zukunft verweigert [...]

Ich halte das für dramatisiert. Wenn die Abschlussprüfungen nicht im normalen Rahmen stattfinden könnten, würde man eine Lösung finden.

Und selbst wenn es darauf hinauslaufen würde, dass ein ganzer Jahrgang in einem Jahr keinen Abschluss machen könnte, was ich für sehr unwahrscheinlich halte, dann hätte man ihnen nicht gleich "die Zukunft verweigert". Sie hätten halt ein Jahr verloren. Der eigentliche Schaden wäre dabei kaum für die Kids, sondern vielmehr volkswirtschaftlich.

Beitrag von „Wollsocken80“ vom 8. September 2019 13:28

[Zitat von Stille Mitleserin](#)

Es ging hier darum, warum Lehrer noch immer mehrheitlich Beamte sind und um eine Begründung, warum das auch besser ist.

Also nach dem ich mir mal den Wiki-Eintrag übers Beamtentum in Deutschland, Österreich und der Schweiz durchgelesen habe, scheint es mir hier gar nicht um ein "besser" und auch nicht um wirkliche Vorteile für den Beamten an sich zu gehen. Schlussendlich handelt es sich um ein Relikt alter Hierarchiesysteme die es in der Schweiz z. B. so nie gab. Hier sind ja nicht mal Politiker Beamte.

Beitrag von „Stille Mitleserin“ vom 8. September 2019 13:39

Sorry für meine Fehler und den halbfertigen post - meine Katze liegt auf der Tastatur.

habe noch ergänzt....

Beitrag von „Krabappel“ vom 8. September 2019 14:30

[Zitat von Stille Mitleserin](#)

Sorry für meine Fehler und den halbfertigen post - meine Katze liegt auf der Tastatur.



Hast du kein Filet serviert? Die Katzen, die wissen wie man's macht mit dem Liegestreik.

Beitrag von „Stille Mitleserin“ vom 8. September 2019 15:56

Er ist erst 13 Wochen alt, das Filet kommt noch.

Noch ist Ziegenmilch der Renner.



Beitrag von „fossi74“ vom 9. September 2019 10:12

[Zitat von Bolzbold](#)

Ich rechne noch in meiner Dienstzeit, die aktuell noch 22 Jahre beträhgt, mit einer Erhöhung des Pensionierungsalters auf 70 Jahre sowie mit einer Absenkung des Pensionslevels von aktuell knapp über 70% auf maximal 60% sowie zusätzlicher Abzüge für alle, die früher gehen wollen oder müssen, so dass die effektive Pension dann annähernd dem gegenwärtigen Rentenniveau gleichen wird.

60% der letzten Bezüge sind aber immer noch erheblich mehr als 44% von den durchschnittlichen Gehältern des gesamten Berufslebens.

Gre vom Angestellten!

Beitrag von „Mikael“ vom 9. September 2019 18:50

[Zitat von fossi74](#)

60% der letzten Bezüge sind aber immer noch erheblich mehr als 44% von den durchschnittlichen Gehältern des gesamten Berufslebens.

Wo hast denn dieses Märchen her? Die Pension bezieht sich nicht auf die "letzten Bezüge", sondern auch auf den "Durchschnitt des gesamten Berufslebens". Wer sein ganzes Leben lang Teilzeit arbeitet, bekommt auch praktisch eine Teilzeit-Pension, auch wenn er die letzten paar Jahre voll arbeitet. Vorteilhaft ist aber, dass sich die Pension am letzten, ausgeübten Amt bemisst, das folgt aus dem Alimentationsprinzip.

Und was viele Angestellte im öffentlichen Dienst gerne unterschlagen, ist die "Zusatzversorgung", die praktisch eine Betriebsrente darstellt, und den Abstand zu den Beamten deutlich verringert. Wer fordert, dass Beamte genauso behandelt werden sollen wie alle anderen Angestellten bei der Rente, der muss konsequenterweise auch diese "Zusatzversorgung" für die Angestellten im öffentlichen Dienst abschaffen.

"Gerecht" ist, wenn alle gleich wenig haben... oder so ähnlich. Das heißt dann "Einkommensgerechtigkeit". Demnächst in dieser Republik zu bewundern...

Gruß !

Beitrag von „yestoerty“ vom 9. September 2019 19:48

Zitat von Mikael

Wo hast denn dieses Märchen her? Die Pension bezieht sich nicht auf die "letzten Bezüge", sondern auch auf den "Durchschnitt des gesamten Berufslebens". Wer sein ganzes Leben lang Teilzeit arbeitet, bekommt auch praktisch eine Teilzeit-Pension, auch wenn er die letzten paar Jahre voll arbeitet. Vorteilhaft ist aber, dass sich die Pension am letzten, ausgeübten Amt bemisst, das folgt aus dem Alimentationsprinzip.

Das bezog sich wahrscheinlich genau darauf (wie du es im letzten Satz erwähnst), dass man 60% (oder weniger wegen TZ...) von seiner letzten Einstufung bekommt, also jemand der 30 Jahre A14 bekam, bekommt theoretisch das gleiche wie jemand der nur 5 Jahre A14 bekam. Und genau das ist ja bei Angestellten anders.

Beitrag von „Bolzbold“ vom 9. September 2019 20:30

yestoerty, ich kann Dir gerade nicht folgen.

Beitrag von „Sissymaus“ vom 9. September 2019 20:48

Zusatzversorgung: Die bezahlt der Angestellte aber auch vom Bruttolohn. Das ist nichts, was der AG alleine trägt.

Beitrag von „Moebius“ vom 9. September 2019 20:54

Die VBL wird zu ca. 80% vom Arbeitgeber getragen, zu 20 % vom Beschäftigten.

Beitrag von „Mikael“ vom 9. September 2019 21:04

[Zitat von Moebius](#)

Die VBL wird zu ca. 80% vom Arbeitgeber getragen, zu 20 % vom Beschäftigten.

Da hilft nur: Weg mit den Privilegien! Einheitsrente für alle!

Gruß !

Beitrag von „yestoerty“ vom 9. September 2019 22:27

[Zitat von Bolzbold](#)

yestoerty, ich kann Dir gerade nicht folgen.

Das bezog sich auf das „Märchen“ von Mikael, was sich wiederum auf Fossi bezog.

Beitrag von „plattypus“ vom 9. September 2019 23:42

[Zitat von Bolzbold](#)

Die eigentliche Sauerei daran sind nicht die Höhen der Pensionen der Abgeordneten oder der anderen Politiker oder gar des Fußvolks sondern der Umstand, dass kaum ein Bundesland für entsprechende Rücklagen gesorgt hat. Das Geld ist an anderer Stelle ausgegeben worden, da steigenden Pensionslasten aus Sicht der Entscheidungsträger von damals noch mehrere Legislaturperioden entfernt waren.

Zumal man noch ergänzen muß, daß in den 1950er Jahren die Beamtenbesoldung um insg. 15% gekürzt wurde mit der Begründung, daß Rücklagen für die Pensionen gebildet werden müssen. Unser Arbeitgeber hat das Geld für die Pensionen also bereits eingestrichen, die entsprechenden Rücklagen aber nie gebildet sondern das Geld zur Finanzierung diverser Wahlversprechen ausgegeben.

--> <https://www.myheimat.de/bobingen/polit...n-d1279941.html>

Bei der Übernahme der Tarifierhöhungen der angestellten gab es auch immer wieder Abstriche mit Verweis auf "Rücklagen für die Pensionen".

Beitrag von „fossi74“ vom 10. September 2019 08:05

Zitat von plattyplus

Zumal man noch ergänzen muß, daß in den 1950er Jahren die Beamtenbesoldung um insg. 15% gekürzt wurde mit der Begründung, daß Rücklagen für die Pensionen gebildet werden müssen. Unser Arbeitgeber hat das Geld für die Pensionen also bereits eingestrichen, die entsprechenden Rücklagen aber nie gebildet sondern das Geld zur Finanzierung diverser Wahlversprechen ausgegeben.

--> <https://www.myheimat.de/bobingen/polit...n-d1279941.html>

Bei der Übernahme der Tarifierhöhungen der angestellten gab es auch immer wieder Abstriche mit Verweis auf "Rücklagen für die Pensionen".

Sag mal, hast Du das eigentlich als Textbaustein auf F1?

Beitrag von „Stille Mitleserin“ vom 10. September 2019 10:20

Hallo fossi,

die 43% Rentenniveau für AN wurden aber stetig gesenkt, sie lagen auch einmal bei über 70% wie bei den Beamten.

In Europa haben wir damit fast das niedrigste Rentenniveau überhaupt, der EU-Schnitt liegt bei 70%.

Die Menschen haben das aber kritiklos hingenommen und die Verantwortlichen für die Kürzungen wurden fleißig weiter in Regierungsverantwortung gewählt.

Selbstverständlich könnte sich die Bundesrepublik ein höheres RNV leisten. Letztlich ist ja nur der Babyboomerpeak zu überstehen.

Man will aber nicht.

Unangenehmerweise kommen zur RNV-Kürzung eine Nullzinspolitik hinzu, so dass Erspartes wenig Rendite abwirft.

Auch die volle Sozialversicherungspflicht auf angesparte Betriebsrenten, die einer Minderung des Ersparten von knapp 20% gleichkommen, sind wenig hilfreich.

Von den Problemen der privaten Vorsorge bei Riester und Co. durch hohe Nebenkosten etc. muss ich gar nicht sprechen.

Hinzu kommt auch, dass die Unternehmerverantwortung gesunken ist durch Umwandlung in AGn, frühere Betriebsrenten wurden genauso abgeschafft wie Werkswohnungen etc.

Damit geht die Reise für die Rentner in eine ungewisse Zukunft.

Aber das ist wohl kaum der Beamtenschaft anzulasten. Das geschieht alles auf Basis einer handwerklich miesen Sozialpolitik.

Beitrag von „fossi74“ vom 10. September 2019 11:39

Äh, entschuldige, ich stehe wohl gerade ein wenig auf dem Schlauch. Auf welche Aussagen von mir beziehst Du Dich gerade?

Beitrag von „Stille Mitleserin“ vom 10. September 2019 12:00

[Zitat von fossi74](#)

60% der letzten Bezüge sind aber immer noch erheblich mehr als 44% von den durchschnittlichen Gehältern des gesamten Berufslebens.

Grüße vom Angestellten!

Das meine ich.

Beitrag von „Karl-Dieter“ vom 14. September 2019 06:03

[Zitat von fossi74](#)

Grüße vom Angestellten!

Der aber noch die betriebliche Altersvorsorge dazu hat, die auch mit eingerechnet werden sollte.

Beitrag von „fossi74“ vom 14. September 2019 13:17

[Zitat von Karl-Dieter](#)

Der aber noch die betriebliche Altersvorsorge dazu hat, die auch mit eingerechnet werden sollte.

Nein, hat er nicht, Schlaubi Schlumpf, da Privatschuldienst, und die er zu einem nicht geringen Teil (ca. 100,- €/Monat) selbst zahlen würde, so er hätte.

Beitrag von „plattypus“ vom 14. September 2019 13:43

[Zitat von fossi74](#)

Nein, hat er nicht, Schlaubi Schlumpf, da Privatschuldienst

Dann sollt er nicht über die Beamten schimpfen sondern mit Hilfe der Gewerkschaft in der Privatschule mal einen Streik anzetteln, der sich gewaschen hat, auf das er ein höheres Einkommen bekommt. Als Deutscher kann man da von den Franzosen viel lernen, wenn es darum geht wie ein Streik durchzuführen ist.

Beitrag von „CDL“ vom 14. September 2019 15:09

Der Klinikschuldienst hat möglicherweise andere Vorzüge, die das Gehalt nicht abbildet [@platttyplus](#) . (Ich habe Kollegen, die sehr gerne in den Klinikschuldienst wechseln würden, aber seit Jahren nicht reinkommen, weil es kaum Stellen und eine äußerst geringe Fluktuation unter den Lehrkräften gibt.)

Beitrag von „fossi74“ vom 14. September 2019 16:59

Zitat von platttyplus

Dann sollt er nicht über die Beamten schimpfen sondern mit Hilfe der Gewerkschaft in der Privatschule mal einen Streik anzetteln, der sich gewaschen hat, auf das er ein höheres Einkommen bekommt. Als Deutscher kann man da von den Franzosen viel lernen, wenn es darum geht wie ein Streik durchzuführen ist.

Ich schimpfe nicht über die Beamten, sondern über das Empfinden vieler Beamter, es ginge ihnen ja so schlecht. Und ja - die Pension ist auch verglichen mit Rente + VBL (oder Pendant) immer noch um einiges höher. Wobei ich ledige, kinderlose Beamte nicht beneide (zumal wenn sie am Ende noch in der GKV gefangen sind). Wirklich fett wird der Braten ja erst durch die völlig anachronistische Ferkelprämie namens "Kinderzuschlag". Aber das sind Bretter, die mir ehrlich gesagt zu dick sind, um sie zu bohren - Beamte werden schließlich dafür bezahlt, dass sie NICHT arbeiten, und an diesem Prinzip wird sich so schnell nichts ändern lassen.

Was mich angeht: Ich beklage mich nicht, da wiederhole ich mich gern. Mit jetzt knapp 3.900 netto, GKV schon bezahlt, stehe ich vergleichsweise nicht gar so schlecht da, was eben auch an meinen Arbeitsbedingungen liegt (geregelter Arbeitszeiten, keine nennenswerte Vorbereitung, keine Korrekturen, ergo freie Wochenenden und Abende).

Wäre ich allerdings an einer Regelschule und müsste den Beamten um mich rum dabei zuschauen, wie sie für die gleiche Arbeit bei gleicher Ausbildung mehr Geld bekommen, dann wäre ich wahrscheinlich schon unzufrieden. Zumindest würde ich versuchen, den Gehaltsunterschied durch konsequente Ökonomisierung meiner Arbeit auszugleichen. Und bevor es untergeht: Die betriebliche Zusatzversorgung wird zu einem nicht geringen Teil von den Angestellten selbst getragen; bei Interesse bitte entsprechenden Gehaltsrechner bemühen. Zur Erinnerung: Der Beamte zahlt keinen Cent für seine Versorgung im Alter. Und bevor jetzt Dein Lieblingseinwand kommt: Kein heute noch aktiver Beamter war während seiner Dienstzeit von dieser ominösen (nein, "myheimat.de" ist keine seriöse Quelle!) 15-prozentigen Gehaltskürzung betroffen, die anno '53 oder so zur Finanzierung der Pensionen eingeführt wurde.

Beitrag von „plattyplus“ vom 14. September 2019 20:43

[Zitat von fossi74](#)

Mit jetzt knapp 3.900 netto, GKV schon bezahlt, stehe ich vergleichsweise nicht gar so schlecht da

Ja, dann freu dich doch. Selbst, wenn ich in der PKV wäre und Beihilfe kassieren würde, wären es bei mir ca. 1.500,- € weniger monatlich netto. Mit diesen 1.500€ monatlich sollte sich doch wohl eine ganz passable Zusatzversorgung im Alter stricken lassen.

Beitrag von „chilipaprika“ vom 14. September 2019 22:09

[Zitat von plattyplus](#)

Ja, dann freu dich doch. Selbst, wenn ich in der PKV wäre und Beihilfe kassieren würde, wären es bei mir ca. 1.500,- € weniger monatlich netto. Mit diesen 1.500€ monatlich sollte sich doch wohl eine ganz passable Zusatzversorgung im Alter stricken lassen.

Wie kommt es? Du bist doch nicht ganz neu im Schuldienst und bei A13,oder? Ledig, LSK 1? Bei 3900 Euro - 1500 Euro = 2400 Euro frage ich mich, welchen PKV-Beitrag du da schätztst?

Beitrag von „plattyplus“ vom 14. September 2019 22:22

[Zitat von chilipaprika](#)

Wie kommt es?

Mein Fehler. 

Hatte noch die alten Bezüge im Kopf von vor 3 Jahren. Als ich mit a13 eingestiegen bin war ich nach der GKV unter 2.000,- € netto monatlich. Aber Erfahrungsstufe 3 gibt es in NRW ja heute nicht mehr und man fängt gleich bei 5 an.

Beitrag von „Karl-Dieter“ vom 15. September 2019 07:58

[Zitat von plattyplus](#)

Hatte noch die alten Bezüge im Kopf von vor 3 Jahren. Als ich mit a13 eingestiegen bin war ich nach der GKV unter 2.000,- € netto monatlich. Aber Erfahrungsstufe 3 gibt es in NRW ja heute nicht mehr und man fängt gleich bei 5 an.

Auch das kann nicht sein, vor 7 Jahren ist man schon nicht mehr mit Erfahrungsstufe 3 eingestiegen. 2015 beispielsweise hat ein Beamter mit A13Z/5 3870 EUR Brutto bekommen, als lediger also knapp 2980 EUR Netto (allerdings damals noch plus Sonderzahlung einmalig, aber lassen wir das für das Rechenbeispiel mal weg).

Selbst mit 14,6% Krankenkasse GKV (AN+AG Beitrag) lande ich hier nur bei knapp 2500 EUR netto plus Sonderzahlung im Dezember.

Beitrag von „plattyplus“ vom 15. September 2019 18:45

[Zitat von Karl-Dieter](#)

Auch das kann nicht sein, vor 7 Jahren ist man schon nicht mehr mit Erfahrungsstufe 3 eingestiegen.

Oh doch! Ich habe extra eben noch mal meine alte Bezügemitteilung von Oktober 2013 rausgesucht. Besoldungsgruppe a13, Erfahrungsstufe 03, machte damals 2564,- € gesetzliche Netto und davon dann noch 580,- € GKV+Pflege abgezogen lag ich netto bei unter 2.000,- €. Ich war damals schon etwas enttäuscht, daß netto am Ende eine 1 vorne stand und keine 2, daher weiß ich das noch so gut.

Beitrag von „Bolzbold“ vom 15. September 2019 19:42

Das erinnert mich an die Zeit um 2005 herum. Volle Stelle als Angestellter, BAT2a, ca. 1800,- € netto raus bei Steuerklasse I und allen Abzügen.

Beitrag von „Jule13“ vom 15. September 2019 19:45

Wie ärgerlich. Dann habe ich die alte Regelung ja nur um ein Jahr verpasst. Nach Lebensalter hätte ich nämlich mehr bekommen. 😞

Beitrag von „Karl-Dieter“ vom 15. September 2019 20:44

[Zitat von plattyplus](#)

Oh doch! Ich habe extra eben noch mal meine alte Bezugemitteilung von Oktober 2013 rausgesucht.

Sorry - hast Recht.